



**Finanzgruppe**

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Es gilt das gesprochene Wort

**Rede**

des Präsidenten des

Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

**Helmut Schleweis**

anlässlich der Online-Presskonferenz

„Konjunkturprognose“

am Mittwoch, 02. Februar 2022 in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich. Wir möchten Ihnen heute die „Gemeinsame Konjunkturprognose“ der Sparkassen-Finanzgruppe vorstellen. Neun Chefvolkswirte aus verschiedenen Instituten unserer Gruppe haben daran mitgewirkt.

Wir stellen Ihnen die gemeinsame Prognose zum siebenten Mal vor. Bedingt durch die sehr volatilen Rahmenbedingungen unterliegt die diesjährige Prognose mehr Vorbehalten und Unsicherheiten als sonst. Gerade wegen der vielen Unsicherheiten halten wir aber diese Orientierung für sehr wichtig. Lassen Sie mich die Prognose vorneweg in drei großen Überschriften zusammenfassen:

1. Die gute Nachricht: Die wirtschaftliche Erholung kommt!
2. Die mittelprächtige Nachricht: Wir werden auch 2022 noch Rückschläge und konjunkturelle Dellen erleben.
3. Die schlechte Nachricht: Die Inflation ist zurück!

Insgesamt ist der Ausblick, den ich Ihnen heute präsentieren möchte, ermutigend: Wir erwarten eine kräftige wirtschaftliche Erholung in Deutschland und im Euroraum. Für das Gesamtjahr 2022 hält die „Gemeinsame Prognose“ in Deutschland ein Wachstum von 3,5 Prozent für möglich. Im Jahr 2023 soll es dann noch einmal mit einem Zuwachs von 2,6 Prozent weitergehen. Hinter den Jahresdurchschnitten verbergen sich allerdings noch einmal erhebliche Schwankungen im Jahresverlauf 2022. Dieses Phänomen kennen wir schon aus den Pandemie Jahren 2020 und 2021: Die Wertschöpfung folgt dem Auf und Ab der Infektionszahlen und dem Wechsel aus Lockdowns und Öffnungen: Im Jahresdurchschnitt 2020 stand statistisch ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 4,6 Prozent zu Buche. Tatsächlich war die Wirtschaftsleistung allerdings im ersten Lockdown im Frühjahr noch viel stärker eingebrochen, hatte sich dann aber auch ab Sommer 2020 erst einmal schnell erholt. Ähnlich das Jahr 2021: An dessen Ende stand ein Wirtschaftswachstum von 2,8 Prozent. Der Jahresanfang war allerdings von der zweiten und dritten Welle verhegelt, sehr spürbar war dann die Erholung im Sommer, bevor im Herbst zunächst die Delta- und zum Jahreswechsel dann die aufziehende Omikron-Mutation die Menschen und die Wirtschaft belasteten.

Auch im Jahr 2022 wird der Jahresauftakt wirtschaftlich wieder schwach ausfallen. Das ist mit Blick auf die aktuelle Infektionswelle schon jetzt klar. An vielen Stellen fehlen pandemie-bedingt gerade Menschen, um Produktions- und Lieferketten

unbeeinträchtigt aufrecht erhalten zu können. Doch für das Gesamtjahr besteht Grund zur Zuversicht: Die schon mehrfach angekündigte Erholung kommt. Wir prognostizieren für das Jahr 2022 ein Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent. Denn die Wirtschaft macht sich zunehmend von der Pandemielage unabhängig. Schon im Laufe des Jahres 2022 wird die Wirtschaftsleistung in Deutschland zahlenmäßig wieder das Niveau vor der Corona-Krise erreichen. Der Aufschwung wird sich nach unserer Einschätzung auch im Jahr 2023 fortsetzen: Wir erwarten für 2023 in Deutschland ein Wirtschaftswachstum von 2,6 Prozent. Damit wächst die deutsche Wirtschaft schneller als ihr Potenzialwachstum das erwarten lässt.

Trotzdem sind wir noch nicht wieder dort, wo wir wären, wenn die letzten beiden Jahre nicht als Wachstumsjahre ausgefallen wären. Manches Unternehmen wird daher noch einmal besondere Unterstützung benötigen – insbesondere im Frühjahr 2022, das im Zeichen der Omikron-Welle stehen dürfte. Einige aber auch darüber hinaus.

Der ganz wesentliche Treiber der wirtschaftlichen Erholung im Jahr 2022 wird nach unserer Einschätzung der private Konsum sein. Je mehr Einkaufsmöglichkeiten geöffnet werden, je weiter die pandemie-bedingten Einschränkungen gelockert werden können, desto eher wird sich auch die derzeit extrem hohe Sparquote wieder normalisieren. Durch die pandemie-bedingt eingeschränkten Konsummöglichkeiten staut sich sehr viel Liquidität in Form täglich verfügbarer Sichteinlagen auf den Konten. Das ist unnatürlich und belastet bei Negativzinsen auch die Sparkassen. Wir wünschen uns deshalb eine Normalisierung der Sparquote – für das Wiederanspringen des Konsums, aber auch zur eigenen Entlastung.

Die Details unseres gesamtwirtschaftlichen Zahlenwerks, das sie hier sehen, wird Ihnen nachher noch Herr Dürkop näher erläutern.

Eine Bemerkung von mir noch zum Arbeitsmarkt: Er zeigte sich über den gesamten Pandemieverlauf sehr robust. Das lag auch daran, dass wir trotz aller Erschütterungen keine größere Insolvenzserie gesehen haben. Eine solche erwarten wir auch nicht mehr.

Lassen Sie mich kurz noch auf die Aussichten für den Euroraum insgesamt eingehen. Dort schauen wir auf das Wirtschaftswachstum und ebenso aufmerksam auf die Preissteigerungsraten. Nicht zuletzt, weil die Europäische Zentralbank ihre Geldpolitik an den Inflationsraten im Euroraum und dem Ziel der Preisstabilität festmacht. Das Wirtschaftswachstum im Euroraum wird mit 3,9 Prozent im Jahr 2022 und mit 2,7 Prozent im Jahr 2023 sogar noch ein Stück höher ausfallen als in

Deutschland. Natürlich freuen wir uns über solche solide Wachstumsaussichten. Das bedeutet aber auch: Die Teuerungsrate liegt nicht nur in Deutschland deutlich über der Marke von zwei Prozent, auch im Euroraum und weltweit beschleunigen sich die Preissteigerungen.

Das Thema Inflation ist mit aller Macht zurückgekehrt. Und wir können nicht ausschließen, dass es uns auch noch länger begleitet.

Die Europäische Zentralbank richtet ihr Hauptaugenmerk bekanntlich auf den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Nach dieser Maßzahl war die Inflation in Deutschland im Jahr 2021 mit 3,3 Prozent sehr hoch. Auch im Euroraum lag die Inflation über das gesamte Jahr 2021 gesehen mit 2,6 Prozent 2021 klar über der Zielmarke der EZB. In den letzten Monaten des Jahres 2021 verzeichneten Deutschland und der Euroraum sogar Inflationsraten über fünf Prozent.

Das Statistische Bundesamt, das mit dem etwas anders abgegrenzten sogenannten nationalen Verbraucherpreisindex rechnet, kommt auf eine Teuerungsrate von 3,1 Prozent. Selbst die sogenannte Kernrate, die die Preise von Energie, Lebensmitteln, Alkohol und Tabak ausklammert, (und wer kann das schon komplett!) lag für Deutschland für das Gesamtjahr 2021 bei stolzen 1,9 Prozent. Die Zahlen für die Monate und das Gesamtjahr 2021 sind keine Ausreißer, im Gegenteil: Für das Gesamtjahr 2022 erwarten unsere Volkswirte eine Inflationsrate von 3,0 Prozent im Euroraum - für Deutschland sogar 3,2 Prozent.

Zwar könnte im Jahr 2023 die Inflation etwa auf das Zielniveau der EZB bei zwei Prozent zurückkehren. Nach unserer und nach EZB-Prognose könnte sie sogar 0,2 Prozentpunkte unter der Zielmarke liegen. Aber das macht qualitativ keinen Unterschied. Das liegt im Rahmen der Unschärferelation jeglicher Prognose. Eine expansive Geldpolitik im Hier und Jetzt lässt sich damit nicht mehr rechtfertigen. Dazu kommt: Es besteht ein nicht zu vernachlässigendes Risiko, dass es anders kommt und uns der höhere Preisdruck länger erhalten bleibt. Das ist nicht nur ein Randrisiko – sondern eher einer dieser sogenannten schwarzen Schwäne: Angeblich außergewöhnliche Einzelfälle, die sich – auch als geopolitische Verwerfungen – gerade häufen.

Ein fortgesetzter höherer Preisauftrieb in Verbindung mit den niedrigen und sogar negativen Zinsen führt zu einer schleichenden „Entreichung“ der Mittelschicht in unserem Lande. Ersparnisse in Geldvermögen verlieren immer weiter an Wert. Diese Gefahr wird umso größer, je länger die Geldpolitik auf Kosten der Verbraucher den deutlich steigenden Preisen tatenlos zusieht.

Bisher hat die EZB ihren expansiven Kurs mit den angekündigten weiteren Anleihekäufe über das Jahr 2022 hinaus zementiert. Leitzinssteigerungen sind bisher nicht absehbar. Vielmehr hält man sich an der Hoffnung fest, der enorme Preisauftrieb werde vorübergehender Natur sein.

Die Federal Reserve in den USA ist bereits ganz anders positioniert. Hier werden die Ankaufprogramme (zumindest netto) zügig eingestellt. Mehrere Leitzinsanhebungen in 2022 sind in Aussicht gestellt. In Großbritannien ist ähnliches zu erwarten. Die Politik der Notenbanken läuft auseinander. Es wird erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen haben, wenn die EZB nicht oder zu spät reagiert. Auch wenn sie in zu großen Schritten zur Reaktion gezwungen sein wird. Wenn die Inflation mehr als 18 Monate über dem kommunizierten Zielniveau liegt, drohen wir in eine gefährliche Lohn-Preis-Spirale hineinzuschlittern. Denn dann lösen sich nach Einschätzung unserer Volkswirte die Inflationserwartungen der Unternehmen und Haushalte sowie der Marktteilnehmer am Kapitalmarkt aus ihrer Verankerung. Sechs Monate mit überhöhten Inflationsraten gab es bereits im zweiten Halbjahr 2021. Bis Jahresende 2022 muss die EZB deshalb spätestens geldpolitisch tätig werden. Es ist Zeit für entschlossenes geldpolitisches Handeln. Es muss noch dieses Jahr gelingen, dass die EZB die negativen Leitzinsen hinter sich lässt.

Meine Damen und Herren, die Einzelheiten der Sonderumfrage Inflation und die Details unserer gesamtwirtschaftlichen Prognose wird Ihnen nun Herr Uwe Dürkop, Chefvolkswirt der Berliner Sparkasse, stellvertretend für den Kreis der an der Gemeinsamen Prognose beteiligten Ökonomen, erläutern.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.